

Bern, den 3. April 1981

Bf/te

Sitzungsbericht

Peru - Arbeitssitzung vom 2. April 1981 anlässlich des Besuchs
des peruanischen Ministerpräsidenten Ulloa in Bern

Das Arbeitstreffen der peruanischen Besucher mit der schweizerischen Delegation, die von Staatssekretär Jolles geleitet wurde, galt folgenden Themen¹⁾ :

- Exposé von Ministerpräsident Ulloa über die Wirtschaftslage Perus und die neue Wirtschaftspolitik seiner Regierung
- Prüfung der Möglichkeiten für vermehrte wirtschaftliche Zusammenarbeit
- Meinungsaustausch zu Weltwirtschaftsfragen.

Ministerpräsident Ulloa beschreibt in offener Weise die wirtschaftliche Lage seines Landes sowie die bereits getroffenen und geplanten wirtschaftspolitischen Massnahmen : Peru litt seit Jahren unter einer hohen Inflation, die 1980 rund 60 % betrug. Für 1981 erwartet er eine Reduktion auf 50 %. Die Auslandverschuldung wuchs von 1968 bis 1980 von 1 Mrd auf 10 Milliarden Dollar, die heute zudem eine ungünstige zeitliche Struktur aufweist. Aufgrund der fälligwerdenden Rückzahlungen steht 1981/82 eine schwierigere Phase bevor. 1978 war Peru in einer verzweifelten Lage, d.h. im Zustand der Zahlungsunfähigkeit. Dank Umschuldung und infolge der Preissteigerungen seiner Exportprodukte fing sich das Land auf, heute belaufen sich die internationalen Netto-Reserven auf 1,2 Mrd \$. Für die Stabilisierung waren allerdings drastische restriktive Massnahmen (Freigabe der Preise, Abbau der Subventionen usw) unumgänglich, die beträchtliche und anhaltende soziale und politische Spannungen mit sich brachten.

1) Teilnehmerliste in der Beilage



Angesichts eines Bevölkerungswachstums von 3 % pro Jahr ist die ungenügende landwirtschaftliche Produktion das Problem Nr. 1. Der Rückgang kann nur zum Teil auf ungünstige klimatische Einflüsse zurückgeführt werden. Vor Jahren war Peru in der Lage, Grundnahrungsmittel wie Kartoffeln, Reis und Zucker zu exportieren. Heute müssen diese Produkte in grossen Mengen eingeführt werden. Die Regierung Ulloa plant eine erhebliche Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion; die Anreize für die Produzenten sollen verbessert, die Produktivität erhöht und die bebaubare Fläche ausgedehnt werden. Damit soll auch der verbreiteten Arbeitslosigkeit begegnet werden. Ulloa beziffert die offene Arbeitslosigkeit auf 10 % und die Unterbeschäftigung auf 40 % der arbeitsfähigen Bevölkerung. Mit einem öffentlichen Strassenbauprogramm kämpft man gegen die Arbeitslosigkeit an und erschliesst gleichzeitig abgelegene Regionen. In Lima ist die Schaffung von Arbeitsplätzen am dringendsten, weil die Bevölkerung der Hauptstadt jährlich um 8 % zunimmt. Dieser Zuwachs stellt auch den Wohnungsbau, das Schulwesen und die allgemeine Verwaltung Limas vor fast unüberwindliche Probleme.

Peru ist zurzeit noch Netto-Exporteur von Erdöl (ca. 70'000 Fass pro Tag). Wenn der Eigenverbrauch aber im bisherigen Trend weiterwächst, muss bereits 1984 Erdöl eingeführt werden. Um die Förderung zu steigern und die Suche nach neuen Vorkommen zu intensivieren, hat die Regierung eine neue Gesetzgebung ausgearbeitet, die neben den bisher zugelassenen zwei ausländischen Gesellschaften weiteren internationalen Unternehmungen den Zugang zu peruanischen Oelfeldern ermöglicht (Shell, Elf-Aquitaine, Superior, Pemex u.a.). Ulloa ist überzeugt, dass noch eine ganze Reihe wirtschaftlich abbaubarer Vorkommen gefunden werden. Neue gesicherte Reserven werden die Kreditwürdigkeit Perus erhöhen; der sich daraus ergebende Zufluss von ausländischem Kapital soll für die Erschliessung der bedeutenden Wasserkraftreserven verwendet werden, die heute nur zu 5 % genutzt werden. Die Energieerzeugung aus Wasserkraft soll in den nächsten 5 bis 7 Jahren in grossem Umfang ausgebaut werden.

Auch im Bergbau sind grosse Produktionssteigerungen vorgesehen. Bereits wurden zwei neue Kupferminen sowie Bauxitvorkommen entdeckt. Die Rolle des Staates im Minensektor wird beträchtlich reduziert. Dasselbe gilt auch für den bisher staatlichen Handel mit

landwirtschaftlichen Produkten sowie für den Banken- und den Versicherungssektor, wo staatliche Monopole aufgehoben und ausländische Firmen wieder zugelassen werden.

Im Aussenhandel hat sich die Politik der Importsubstitution als verfehlt erwiesen. In der Folge hat die Regierung Ulloa die Einfuhren bereits stark liberalisiert, was sich 1980 in einer Zunahme der Importe von 50 % niederschlug. Die Exporte sollen von 1981 bis 1985 von 4 auf 8 Mrd \$ anwachsen, damit namentlich auch die Einfuhr von Investitionsgütern weiterhin ausgedehnt werden kann, für die weitere Zollsenkungen geplant sind. Die Exportsteigerung stösst allerdings im Andenpakt auf gewisse Hindernisse, indem beispielweise Venezuela eine protektionistische Politik verfolgt.

Insgesamt läuft das vom IWF inspirierte Stabilisierungsprogramm für die peruanische Wirtschaft planmässig ab.

Investitionsprogramm : Für die nächsten 5 Jahre plant die Regierung Ulloa Investitionen im Umfang von 12 Milliarden Dollar, die zur Hälfte mit Auslandskrediten finanziert ^{werden} und dem Ausbau der Landwirtschaft, der Infrastruktur, des Wohnungsbaus sowie des Gesundheits- und Erziehungswesens dienen sollen. Die Aufteilung des jährlichen Kreditvolumens von 1,2 Mrd \$ ist wie folgt vorgesehen : Weltbank 350 Mio, IDB 150, USAID 100 Mio (alle zugesagt), von ausländischen Regierungen werden 150 Mio zu weichen Bedingungen erwartet, weitere 400 bis 500 Mio jährlich sollen auf den internationalen Kapitalmärkten aufgenommen werden.

Peru unternimmt auch Anstrengungen, um wieder vermehrt ausländische Direktinvestitionen anzuziehen. Ulloa ist sich bewusst, dass Perus Anziehungskraft für ausländische Investitionen in den letzten Jahren stark gelitten hat. Es gilt nun mit Geduld graduelle Verbesserungen herbeizuführen, indem demnächst eine neue Gesetzgebung und ein Schlichtungsmechanismus für Investitionsstreitigkeiten eingeführt werden. Auch betont er die Bereitschaft seiner Regierung, Doppelbesteuerungsabkommen abzuschliessen. Im Bereich der Investitionen will Peru eine Konzentration einzelner Herkunftsländer vermeiden; gerade deshalb erhofft sich Peru die Unterstützung durch seine europäischen Freunde.

Zum Thema wirtschaftliche Zusammenarbeit überleitend, erkundigt sich Staatssekretär Jolles nach Bereichen, wo eine vermehrte Zusammenarbeit mit der Schweiz möglich wäre, und wirft die Frage eines Doppelbesteuerungs- und Investitionsschutzabkommens (DBA bzw. ISA) auf.

Danino erwähnt die zurzeit laufenden Verhandlungen über ein DBA mit der BRD. Peru betrachtet die Regelung des Andenpakts als Ausgangspunkt, strebt indessen eine graduelle Annäherung an das OECD-Modell an. Der Vertreter der Steuerverwaltung gibt dem schweizerischen Interesse an diesbezüglichen Gesprächen mit Peru Ausdruck. Man kommt überein, dass die peruanische Botschaft in Bern der Steuerverwaltung eine Dokumentation übermittelt, und in der Folge - allenfalls kurzfristig - exploratorische, vorbereitende Gespräche in Bern anberaunt werden.

Was die Frage eines ISA anbelangt, verweist Danino auf die bisher in ganz Lateinamerika gültige Calvo-Doktrin. Auch die neue peruanische Verfassung von 1979 verbietet den diplomatischen Schutz für ausländische Investitionen. Hingegen gestattet sie ein internationales Schlichtungsverfahren. Das im Rahmen der Weltbank geschaffene ICSID (International Center for the Settlement of Investment Disputes) könnte eine Mittellösung darstellen, die eine gerechte Behandlung ausländischer Investitionen sicherstellen würde.

Auf eine entsprechende Frage von Staatssekretär Jolles erklärt Danino, dass der schweizerische ISA-Standardtext den peruanischen Behörden bekannt sei.

Ministerpräsident Ulloa erläutert nun eine Reihe verschiedener Sektoren und Projekte, wo ihm eine Zusammenarbeit mit der Schweiz besonders wünschbar scheint. In diesem Zusammenhang kündigt er eine Studie der amerikanischen Firma Merrill Lynch an, die über die geplanten Projekte Aufschluss gibt und in 1 bis 2 Wochen erscheint.

Landwirtschaft : Hier bestehen Möglichkeiten in der Viehzucht und im Agro-Business, wobei die peruanische Regierung die Leistungen der DEH in der Viehzucht und in der Herstellung von Käse ausdrücklich anerkennt.

Wasserkraft : Es ist geplant, die Speicherkapazitäten beträchtlich auszubauen. Es bestehen insbesondere Möglichkeiten für die Ausarbeitung von Projekten, die z.T. durch multilaterale Institutionen

finanziert werden.

Im Bauwesen, in der Zementherstellung und in der pharmazeutischen Industrie wären neue bzw. weitere schweizerische Investitionen besonders willkommen.

Bezüglich der finanziellen Zusammenarbeit wird auf die Pilotfunktion der schweizerischen Banken hingewiesen. Wenn die schweizerischen Banken noch vermehrt peruanische Projekte finanzieren könnten, hätte dies günstige direkte und indirekte Auswirkungen auf die gesamten Finanzierungsmöglichkeiten Perus im Ausland.

Gestützt auf die guten und reichlich verfügbaren Arbeitskräfte will Peru eine moderne Exportindustrie aufbauen, die über den Andenpakt hinaus ganz Lateinamerika und schliesslich Länder in aller Welt beliefern soll.

Die Regierung denkt an die Schaffung industrieller Freizonen mit günstigen Produktionsbedingungen, die ausschliesslich für den Export arbeiten würden. Staatssekretär Jolles macht allerdings auch auf die Nachteile solcher Freizonen aufmerksam.

Neben der Zusammenarbeit in bestimmten Sektoren und Projekten unterstreicht der peruanische Regierungschef auch die allgemeine Wünschbarkeit zusätzlicher Schweizer Investitionen in Peru. Staatssekretär Jolles weist auf die Leistungsfähigkeit schweizerischer Unternehmen auf dem Gebiet der Nahrungsmittelverarbeitung (Nestlé, die bereits in Peru ansässig ist) und der Agro-Chemie hin. Im elektrischen Bereich seien einige Schweizer Firmen gebrannte Kinder, doch sei ein neues Engagement nicht auszuschliessen. Das geplante Sheque-Projekt (kombiniertes Vorhaben für Elektrizitätsgewinnung, Wasserversorgung, Bewässerung) ist für uns von grossem Interesse, da die Schweiz, ebenfalls ein gebirgiges Land, für solche Anlagen über umfassende Umfahrungen und ein erstklassiges Know-How sowohl für das Consulting als auch den Bau und die Ausrüstung verfügt. Hinsichtlich des peruanischen Programms für die Schaffung zahlreicher Kleinkraftwerke (micro power stations) ersucht Staatssekretär Jolles um weitere Informationen. Der Vertreter der Schweizerischen Nationalbank erklärt, dass das schweizerische Bankensystem an den Finanzierungsfragen interessiert sei. Die peruanische Delegation stellt weitere Informationen in Aussicht.

Am Schluss der Diskussion über bilaterale Fragen stellt Staatssekretär Jolles fest, dass einige spezifische Probleme schweizerischer Firmen der pharmazeutischen, der Uhren- und der elektromechanischen Industrie (BBC) bereits am Vortrag behandelt wurden und gibt seiner Hoffnung auf eine befriedigende Lösung Ausdruck. Schliesslich erwähnt er die Spitzenstellung der Schweiz im Bau von Bergbahnen. Dies veranlasst Premierminister Ulloa zum Hinweis auf ein Eisenbahnprojekt, dessen Fertigstellung für die Schweiz von Interesse sein könnte. Es handelt sich um den Bau des noch fehlenden Teilstücks von 200 km einer Eisenbahnlinie von Buenos Aires durch Bolivien an die peruanische Pazifik-Küste. Zwecks Finanzierung laufen zurzeit Gespräche mit der IDB.

Der dritte Schwerpunkt der Gespräche, der Meinungs austausch über weltwirtschaftliche Fragen, muss angesichts der fortgeschrittenen Zeit leider etwas kurz gehalten werden. Staatssekretär Jolles legt die schweizerische Haltung zur Gefahr eines wieder aufkeimenden weltweiten Protektionismus dar. Die drohende Schliessung der Märkte ist kategorisch zu verurteilen, als einzige Lösung der anstehenden Probleme kommt eine positive Strukturanpassung der einzelnen Volkswirtschaften in Frage.

Zum Thema Recycling führt er aus, dass die produktive Anlage der OPEC-Ueberschüsse, wovon ein grosser Teil in die Entwicklungsländer¹⁾ fliessen muss, nur über die internationalen Finanzinstitutionen bewerkstelligt werden kann. Diese seien für diesen Zweck attraktiver auszugestalten.

Die peruanische Delegation hinterliess einen ausgezeichneten Ausdruck, die Gespräche fanden in einer freundlichen und konstruktiven Atmosphäre statt.

R. N. f.

Beilage

1) für diese

Pérou - Visite du Premier Ministre M. Manuel Ulloa Elias
à Berne le 1er et 2 avril 1981

Séance de travail à l'Office fédéral des affaires économiques
extérieures du 2 avril 1981 à 11 heures, salle no 40 du Palais
fédéral Est

* * * * *

Pérou

M. Manuel Ulloa Elias	Premier Ministre et Ministre d'Economie, Finances et Commerce
M. Felipe Solari Swayne	Ambassadeur Extraordinaire et Plénipo- tentiaire du Pérou en Suisse
M. Sergio Malaga	Directeur Supérieur d'Economie
M. Ricardo Zevallos	Vice-Amiral, Forces Armées Péruviennes
M. Roberto Danino	Secrétaire Général du Ministère d'Economie, Finances et Commerce
M. Marcos Carbo	Deuxième Secrétaire, Ambassade du Pérou
M. José Antonio Bellina	Troisième Secrétaire, Ambassade du Pérou
Mme Elvira Garcia Ribeyro	Secrétaire Particulière de M. le Premier Ministre

Suisse

M. Paul Rudolf Jolles	Secrétaire d'Etat, Directeur de l'Office fédéral des affaires économiques extérieures
M. Eric Roethlisberger	Ambassadeur, Délégué du Conseil fédéral pour les accords commerciaux
M. Luciano Mordasini	Ambassadeur de Suisse au Pérou
M. Philippe Lévy	Ambassadeur, Office fédéral des affaires économiques extérieures
M. Hans Meyer	Directeur, Banque Nationale Suisse, Zurich
M. Rolf Wilhelm	Vice-Directeur de la Coopération au développement et de l'aide humanitaire du Département fédéral des affaires étrangères
M. Daniel Kaeser	Vice-Directeur de l'Administration fédé- rale des finances du Département fédéral des finances

M. Hans-Ulrich Greiner	Office fédéral des affaires économiques extérieures
M. Roger Pasquier	Direction de la Coopération au développement et de l'aide humanitaire du Département fédéral des affaires étrangères
M. Alfred Rüegg	Suppléant du Chef de la Division politique II du Département fédéral des affaires étrangères
M. Gérard Menétrey	Administration fédérale des contributions du Département fédéral des finances
M. Rudolf Bärffuss (secrétaire)	Office fédéral des affaires économiques extérieures

Bf/te 31.3.81